

# Mein Rückzug aus dem Wissenschaftlichen Beirat der RLS

Rainer Fischbach ■ 6. Dezember 2022

Dieser Text zieht die Summe aus den knapp zwei Jahren, in denen ich Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa Luxemburg-Stiftung war, und soll deutlich machen, weshalb ich meine Mitarbeit in diesem Gremium am 16. November 2022 beendet habe. Die beiden wesentlichen Punkte dieser Summe stehen in einem engen Zusammenhang:

1. die Einsicht, dass die Stiftung und mit ihr die Mehrheit des Beirats wie auch die Partei DIE LINKE einen Weg beschreiten, den ich nicht mitgehen kann;
2. die Beobachtung, dass die Symmetrie der Rechte, die das Bild des Kreises nahelegt, nicht gewährleistet und die Aussicht einer Intervention, auch nur Gehör zu finden, nicht erkennbar ist.

Den Gedanken, den Beirat zu verlassen, fasste ich erstmals im Herbst letzten Jahres, nachdem meine Einwände gegen eine frühere Version des Papiers zur strategischen Orientierung der Stiftung vom August 2021, die ich in einer Arbeitsgruppe formuliert hatte, im Bericht an das Plenum schlicht ignoriert worden waren. Ich ließ mich damals durch den Vorsitzenden Michael Brie umstimmen, doch auch die Ausarbeitung, die ich dazu machte, blieb ohne Resonanz. Nach der Vorstellung der letzten Version des Strategiepapiers am 14. Oktober im Beirat sah ich keine Gemeinsamkeiten mehr und legte dies in einer umfangreichen Stellungnahme dar. Auf Veranlassung von Micha Brie reduzierte ich deren siebenseitigen Text in zwei Anläufen auf eineinhalb Seiten, wobei ich scharfe Formulierungen durch konziliante ersetzte. Nachdem eine Reihe von Mitgliedern vorgeschlagen hatten, die Diskussion meines Textes aus der Agenda der kommenden Beiratssitzung zu streichen und auch der Vorsitzende einräumte, als dass man die Agenda eingangs ja nochmals diskutieren könnte, war für mich der Punkt erreicht, an dem ich das für eine Zusammenarbeit geforderte Maß an gegenseitigem Respekt nicht mehr erkennen konnte. Ich füge noch an, dass ich in den Jahrzehnten meiner Tätigkeit als Berater in führenden Technologieunternehmen keinen solchen menschlichen Tiefpunkt erleben konnte.

Tatsächlich begleitete mich in den knapp zwei Jahren, in denen ich am Beirat zunehmend widerwillig teilnahm ein sich fortschreitend verstärkendes Gefühl des Befremdens. Das liegt vor allem daran, dass ich schon von Anfang an keine Basis in Form einer gemeinsamen Sprache erkennen konnte. Bei mir besteht der Eindruck, dass dort Luftschlösser aus wolkigen Phrasen gebaut werden, wobei, noch schlimmer, alle, die sich dabei unwohl fühlen oder gar Bedenken artikulieren, allenfalls mit bevormundenden sozialpädagogischen Bemühungen rechnen dürfen, bei Widerstand unter dem Etikett ›rechts‹ eingeordnet und als zu bekämpfende Feinde markiert werden. Man nimmt rhetorisch alles, was man glaubt, irgendwie positiv besetzen zu können, unter seine imaginierten Fittiche, ohne die Betroffenen auch nur zu fragen, ob sie sich dort einfinden mögen, und halluziniert darunter einerseits eine

große Gemeinschaft aller Guten und andererseits »das rechte Projekt als einen ›Angriff auf uns alle««. Diese Imagination wird weder den aktuell zu führenden Diskursen noch den auszufechtenden Kämpfen gerecht.

Eine Formel wie »Gesellschaft der Vielen und ihre Feinde«, die in der Vorstellung und Diskussion des Papiers eine zentrale Stellung einnahm, empfinde ich als abstoßend, noch abstoßender den Kult um den Opferstatus, den man besonders gern im Modus der *victimhood by proxy* zelebriert, indem man sich als Beschützer und Vormund der Opfer inszeniert. Jener Status begründet die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die nur die imaginierte Feindschaft der anderen zusammenhält. Besonders beunruhigend finde ich, dass sich hier Muster zeigen, die, man mag sich noch so sehr im »Kampf gegen Rechts« wähnen, genau dort äußerst wirkmächtig waren: »Rein und schuldlos sind immer die Opfer. [...] das Selbstverständnis als Opfer [ist] eine [...] Konstante über die Zeit [...] hinweg. [...] Es gibt eine geradezu süchtige Suche nach dem Haß der anderen, der die eigene Gemeinschaft gebiert«. Diese Sätze formulierte Gudrun Brockhaus in ihrer Analyse der NS-Gefühlswelt (*Schauder und Idylle: Faschismus als Erlebnisangebot*. München 1997, Seiten 309 u. 299).

Bezeichnend ist das Schweigen bzw. das Schwelgen in nichtssagenden Formeln zu allen Problemlagen, von denen die Gesellschaft, ganz besonders jedoch ihre am meisten benachteiligten Mitglieder aktuell betroffen sind — Problemlagen, die zudem Potentiale für katastrophale Entwicklungen bergen:

## Ukraine-Konflikt

Den Ukraine-Konflikt nimmt man zum Anlass, um das in der Behandlung von Gender, Rassismus, etc. eingeübte Muster von *victimhood by proxy* auf die internationale Bühne zu bringen. Mit der Ukraine können alle, deren Parole ›stand with Ukraine‹ heißt, sich als Opfer fühlen. Einer realistischen Analyse des Konflikts und der Implikationen der Politik von EU und NATO scheint es nicht mehr zu bedürfen. Das auf Stimmungen und Wählerstimmen spekulierende Herumeiern zwischen oberflächlichen Positionen ist dafür kein Ersatz. Die deutsche und (EU-)europäische Politik haben einem enthemmten Nationalismus, der auf die ethnische Säuberung der Krim und des Südostens der Ukraine hinausläuft und als Speerspitze der russische Sicherheitsinteressen systematisch ignorierenden US-Hegemonialpolitik fungiert, freien Lauf gelassen. Das war die Dummheit, die es zu bereuen gilt. Mit der hirnlosen Reaktion auf die russischen Aktionen und der Feigheit gegenüber den sogenannten Freunden treiben Deutschland und die EU dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin sowie letztlich auch dem politischen Bankrott entgegen.

Anscheinend hat man in der Stiftung und weiten Kreisen der Partei DIE LINKE noch nicht begriffen, dass man die horrend gestiegenen Energiekosten zwar ein wenig sozialer verteilen kann, doch dass die EU-Volkswirtschaften diese mit Geld, das die EZB bzw. ihre nationalen

Notenbanken drucken, nicht bezahlen können, d.h. dass sie diese mit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Waren oder sonstigen Leistungen begleichen müssen, während genau diese Konkurrenzfähigkeit immens leidet. Vor allem: in den Dingen, die das moderne Leben ausmachen, steckt viel mehr Energie, als die meisten sich vorstellen können. Hier deutet sich eine Teuerungswelle an, die sich nicht auf Heizung und Haushaltsstrom beschränkt, sondern durch die gesamte Warenwelt läuft und im internationalen Kontext die meisten Industrien vor die Frage des Überlebens bzw. des Standorts stellt. Abstoßend ist zudem der kaum verhohlene Hass, den manche Mitglieder der Stiftung und des Beirats gegen Personen hegen, die solche Selbstverständlichkeiten äußern.

Menschheitsgefährdend ist die Naivität, mit der sich gegenwärtig weite Teile des linksliberalen Spektrums und zunehmend auch im Umkreis von Stiftung und Partei DIE LINKE einer simplen Logik des Krieges verschreiben, die unter der harmlos klingenden Formel ›Wiederherstellung der vollständigen ukrainischen Souveränität‹ nur noch einen bedingungslosen Sieg zu kennen scheint. Verkannt wird dabei nicht nur, dass ukrainische Regierungen seit dem Putsch von 2014 durch eine kompromisslose nationalistische Politik das Anrecht auf eine solche Souveränität längst verwirkt haben, sondern dass das in der Praxis massenhaft Folter, Mord und Vertreibung bedeuten würde. Noch schlimmer jedoch ist die völlige Ignoranz der militärischen Logik: in der gegenwärtigen Konstellation ist mit der Fortsetzung des Krieges um jeden Preis eine ungebremste Eskalation der Gewalt programmiert, mit der ein ebenso ungebremstes Anwachsen der Opfer und der materiellen Schäden einhergehen wird. Gegenwärtig ist erkennbar, dass das russische Vorgehen, das am Anfang sehr verhalten und auf begrenzte Ziele gerichtet war, Schritt für Schritt immer weniger Rücksicht nimmt, um militärische Ziele zu erreichen. Während gestandene Militärs wie die Exgeneräle Kujat und Vad und selbst der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs der US-Streitkräfte zur Vorsicht mahnen, glaubt ein ebenso realitätsblinder wie geschichtsvergessener Moralismus keine Grenzen mehr beachten zu müssen. Der Krieg der *Chicken Hawks* wird im Gemetzel enden!

## SARS-2

Auch zu den ebenso ruinösen wie die Substanz des Grundgesetzes gefährdenden Maßnahmen, die seit bald drei Jahren das SARS-2-Virus bekämpfen sollen, ohne ihre erklärten Ziele zu erreichen, fällt kein Wort. Die verordnete Verarmung, die Vernichtung von Existenzen, das sinnlose Quälen von Kindern und Heiminsassen mit Isolation, Masken und Tests, die systematische Verbreitung von krankmachender Angst und, nicht zuletzt, der Druck zu einer Impfung, für die es kaum eine Indikation gibt, die sich jedoch immer mehr als im günstigsten Fall wirkungslos und zunehmend auch als schädlich erweist, scheinen alles akzeptable Handlungen zu sein. Dass diese Maßnahmen nicht nur ohne wissenschaftliche Grundlage erlassen wurden, sondern der Rat von Fachleuten z.B. für Epidemiologie, medizinische Statistik, Qualitätssicherung und öffentliches Gesundheitswesen bewusst ignoriert und alles

getan wurde, um ihre wissenschaftliche Begleitung und Evaluation zu verhindern, scheint in der Stiftung wie in weiten Teilen der Partei niemand als Problem wahrzunehmen — auch nicht den Sachverhalt, dass sich eine überschaubare Anzahl von Profiteuren dabei zig Milliarden aus öffentlichen Kassen in die Taschen steckt.

Hier, wie bei einer Reihe weiterer Fragen, auf die ich noch zurückkomme, zeigt sich ein erschreckender Mangel an kritischem Geist und einem entsprechenden Verständnis von Wissenschaft. In Teilen der Stiftung und der Partei scheint auch der *Nürnberger Kodex*, ein wesentlicher Bestandteil des antifaschistischen Konsenses, unbekannt zu sein. In der Frage des SARS-2 nahm der Verrat an allem, wofür eine Linke stehen müsste, und allen, denen sie beistehen müsste, sichtbare Gestalt an. »Globaler Autoritarismus« lautet die zentrale Formel, mit der man die belegt, die man als Feinde der »Gesellschaft der Vielen« wahrnimmt. Das scheint in der Stiftung und weithin in der Partei DIE LINKE jedoch niemanden daran zu hindern, ein von keiner Evidenz gestütztes, autoritäres Seuchenregime mit desaströsen Folgen nicht nur zu ertragen, sondern oft genug sogar eifern und seine Verschärfung fordernd zu unterstützen sowie Kritik daran als ›rechts‹ auszugrenzen — wobei oft genug unterläuft, was man sonst der Rechten unterstellt, nämlich dass man sich vom Phantom des ›gesunden Volkskörpers‹ leiten lässt.

## Migration

Die Ausführungen zur Migration sind illusionär. Sie werden der Komplexität der Sache in keiner Weise gerecht. Einer Aussage wie »Migration in all ihren Dimensionen und Dynamiken begreifen wir dabei als ein grundlegendes demokratisierendes Moment. Eine Linke kommt nicht umhin, Gesellschaft als (post-)migrantisch und transnational zu denken, wenn ihr Projekt einer gesellschaftlichen Transformation gelingen will« fehlt die Fundierung. Wer nicht völlig blind ist, kann sehen, dass Migration nicht unbedingt demokratisierend wirkt. Wenn das so wäre, würden wir seit Jahren von einer Demokratisierungswelle überrollt werden. In einem Vorläufer des aktuellen Papiers hieß es schon »das Problem sind nicht die Flüchtenden ... das Problem heißt Rassismus«. Mit solchen Aussagen tut man auch den Flüchtlingen keinen Gefallen, denn ganz offenkundig erzeugt Migration Probleme — in den Aufnahmeländern wie in den Herkunftsländern. Man muss schon völlig verblendet sein, um nicht zu sehen, dass Migration nicht nur mit kulturellen Konflikten einhergeht sowie Druck auf das Bildungssystem, die Arbeits- und Wohnungsmärkte ausübt — alles Wirkungen, die am massivsten die ohnehin Benachteiligten treffen, bei denen man mit Aussagen wie denen aus dem Strategiepapier vor allem auf Unverständnis trifft. Durch Migration findet oft auch eine Ausbeutung der Herkunftsländer statt, indem dort gebildete Arbeitskraft — ganz besonders die qualifizierte, die dort nötig gebraucht wird — hier verwertet wird.

Es ist auch völlig unangemessen, so pauschal von Migration zu sprechen — es gibt davon mindestens ein Dutzend Varianten mit ganz unterschiedlichen Profilen, insbesondere, was die

Herkunft, die Motive, die Ressourcen, das Selbstverständnis und die Perspektiven der Migranten angeht. Die Einwanderung aus Südeuropa und der Türkei in die BRD der 1950er–70er Jahre, die in der Präsentation am 14. Oktober 2022 so viel Raum einnahm, war in ihrer institutionellen Ausgestaltung wie in der Zusammensetzung der Migranten singulär und ist mit der heutigen nicht zu vergleichen. Sie hatte den charmanten Zug, der westdeutschen Gesellschaft eine Dosis anarchosyndikalistischen und kommunistischen Geistes zu injizieren, der eine erfrischende Wirkung auf die Arbeitskämpfe und die politische Kultur ausübte. Doch das sollte man weder romantisieren, noch als Erwartung in die Gegenwart tragen. Aus Südeuropa kam auch eine massive Ladung an patriarchalischem Geist, religiös römisch-katholisch — z.B. beim Import italienischer Arbeitskraft bei VW, der ja schon ein Vorspiel in den 1930ern gehabt hatte, als italienische Maurer das Werk entlang des Mittellandkanals hochzogen, spielte das enge Verhältnis zwischen Vorstandsetage und Vatikan eine besondere Rolle —, orthodox und auch islamisch fundiert, doch auch an nationalistischem und faschistischem in diversen Varianten. Das wirkt nach, auch wenn es heute etwas andere Gestalt annimmt und von neuen Strömungen überlagert wird. Damit muss man sich auseinandersetzen — vor allem auch damit, dass die diffuse Ideologie der »Gesellschaft der Vielen« und ihre gerne gefeierte Diversität unter den meisten Migranten bzw. in deren Kulturen auf wenig Gegenliebe stößt. Die nationalen und religiösen Konservativen haben noch kaum begriffen, wie viel sie mit weiten Kreisen der misstrauisch beäugten Migranten gemeinsam haben.

## Diversität

Indem man einem Gemischtwarenladen von Diversitäten ein imaginiertes »rechtes Projekt« gegenüberstellt, dem man alles zuordnet, was sich diesem, eine problemlose Harmonie halluzinierenden, Verständnis von Diversität nicht fügt, erzeugt man eine Polarisierung, in der eine differenzierende Diskussion nicht mehr möglich ist. Dabei gibt es auch innerhalb des Spektrums der Diversitäten durchaus Streit, etwa wenn aus dem traditionellen Feminismus Widerspruch gegen die Transgender-Ideologie kommt. Dies beantworten deren Aktivisten meist höchst aggressiv unter, Stichwort ›TERF‹, Inanspruchnahme der Opferrolle — womit auch Wissenschaftler rechnen müssen, die sich gegen den fragwürdigen Begriff von Geschlechtlichkeit wenden, der dieser Ideologie zugrunde liegt und zunehmend auch das Regierungshandeln beeinflusst. Will die Stiftung auch solche Kritik und die Besorgnis, dass in einen Klima, in dem die, die sie äußern, mit Drohungen, physischen Angriffen und dem Ausschluss von der Öffentlichkeit rechnen müssen, die Freiheit von Wissenschaft und Meinungsäußerung bedroht sei, einfach in die rechte Kiste stecken? Das betrifft nicht nur die Transgender-Frage, sondern, wie aktuell etwa Ulrike Guérot erfahren muss, auch Themen wie das SARS-2-Virus und den Ukraine-Konflikt. Wenn AStAs Berufsverbote gegen kritische Wissenschaftler fordern und eine sich Antifa nennende Sturmabteilung Teilnehmer aus Demos drängt, die zu beidem eine andere Position vertreten, kommt wiederum die Frage auf,

wo denn tatsächlich der Faschismus lauert. Ansätze zu einer kritischen Befassung mit solchen Entwicklungen kann ich nicht erkennen.

Frank Deppe wies in der Sitzung am 14. Oktober darauf hin, dass die Linke nicht nur im akademischen Bereich, sondern generell in den intellektuellen Auseinandersetzungen des deutschen Sprachraums weitgehend an Einfluss verloren hätte, während auf der Rechten Exponenten einer neuen Intellektualität auftauchten, die an die Zeit zwischen den Weltkriegen anzuknüpfen versuchten. Sicher hatten sich die Landesregierungen bemüht, die Universitäten vom kritischen Geist der 1960er und 1970er zu reinigen, doch fehlte auf der Linken nicht nur die Kraft, sondern immer mehr auch die intellektuelle Schärfe, die zu einer Gegenwehr erforderlich gewesen wären. An deren Stelle traten die Gefühlswelten diverser Identitätskulturen und die Harmonieillusionen des Linksliberalismus inklusive des oberflächlichen Kosmopolitismus der globalisierten akademischen Mittelschicht mit ihren in allen urbanen Zentren präsenten Agenturen, die letztlich zur dominierenden Fraktion einer konformistischen Linken wurde. Die Stimmung einer globalen Blase, die von NGOs, Ryanair, Airbnb und Starbucks getragen wird, erhielt Leitfunktion. Das Erscheinungsbild der Linken — von Bewegungen, Publizistik, Partei wie Stiftung — bestimmen heute Positionen — zum Gender-Thema, zur Sprachpolitik, zur Migration, zum Nationalstaat, zum SARS-2, zum Ukraine-Konflikt, zum bedingungslosen Grundeinkommen —, die ich, wie viele andere, die sich seit Jahrzehnten in der Linken engagieren, nicht teilen und mich immer wieder in die Situation bringen, mancher Kritik daran aus der Rechten zustimmen zu müssen.

Bei diesen Themen nehme ich die Weigerung wahr, sich, sei es aus Unwillen, sei es aus Unfähigkeit, mit kontroversen Positionen zu beschäftigen, um sie pauschal in die rechte Ecke zu stellen. Ebenso fatal wie beschämend ist der Sachverhalt, dass in der Sache SARS-2 kompetente, kritische Wissenschaftler wie Matthias Schrappe, Andreas Sönnichsen oder Christian Schubert, um von renommierten Stimmen des Auslands wie John Ioannidis ganz zu schweigen, auf der Linken keine Plattform fanden, sehr wohl dagegen auf der Rechten. Nicht besser sieht es bei den Fragen von Gender und Transsexualität aus, wo Wissenschaftler, die einfach nur Tatsachen benennen, als ›rechts‹ ausgegrenzt werden. Auf der Linken geben zunehmend Akteure den Ton an, die Wissenschaft mit einem Glaubensbekenntnis verwechseln und dabei ohne jegliches Verständnis zwischen eindimensionalen mechanistischen Bildern, z.B. von Erkrankung durch Infektion im Falle des SARS-2-Virus, und ideologischen Wunschvorstellungen, z.B. in den Fragen von Gender und Transsexualität, schwanken, ohne auch nur die völlige Inkongruenz dieser Bilder bzw. der sie tragenden Weltansichten wahrzunehmen. Eine belebende intellektuelle Vielfalt findet sich heute im *Cicero* und manchmal in der *Berliner Zeitung*, doch längst nicht mehr in den Organen, die sich als links oder linksliberal verstehen bzw. von einem sich so verstehenden Publikum konsumiert werden — wobei das, was sich in den Diskussionen von Partei und Stiftung wiederfindet, noch einmal spektral reduziert ist. Die gegenwärtige Offensive der Rechten wurde vor allem durch die intellektuelle Selbstkastration der Linken ermöglicht.

## Sprachpolitik

Offenkundig hat die Stiftung vor, das Programm der Sprachzerstörung mittels Sternchen, Pünktchen bzw. Schluckauf im Sprachrhythmus und der Vergewaltigung der Partizipien weiter zu verfolgen. Für eine Bildungseinrichtung, zu deren Auftrag auch gehört, die deutsche Sprache zu pflegen, sollte sich das verbieten — dies umso mehr, nachdem zahlreiche Sprachwissenschaftler ein klares Votum gegen diese, aus einem schlichten Unverständnis der Grammatik hervorgegangene, Mode abgegeben und sogar im Beirat sich einige Stimmen dagegen erhoben haben. Es stellt schon eine Anmaßung ohnegleichen dar, wenn Verwaltungen von Städten, Hochschulen, Stiftungen und Unternehmen Leitfäden zum Gendern herausgeben. Damit überschreiten sie schlicht ihre Kompetenz.

In einer Welt, in der Taucher sich als Tauchende bezeichnen lassen müssen, auch wenn sie gerade nicht tauchen, und dem Menschen eine Mensch\*in zur Seite zu stellen wäre, kann bei jeder unvoreingenommenen Person nur noch Verwirrung — sofern diese Person männlich ist, auch über ihr Geschlecht — aufkommen. Sofern einem Ungetüme wie ›Bäcker\*innenmeister\*innenversammlungsleiter\*innen‹ dann doch zu unhandlich vorkommen, lohnt es sich, darüber nachzudenken, dass die Motion von Maskulina keinesfalls unbedingt die Bedeutung mit sich bringt, die darunter oft vermutet wird: die *Schöne Müllerin*, um die es in Schuberts Liederzyklus geht, war nicht Müller, sondern Tochter eines solchen, und wenn irgendwelche fahrenden Gesellen von der Meisterin redeten, war damit keine Person gemeint, die Meister war, sondern die Frau des Meisters. Auch Königinnen übten selten Regierungsgewalt aus, sondern waren meist die Gattinnen von denen, die das taten. Warum also nicht eine Frau, die tatsächlich Müller ist, als Müller, eine die Ökonom ist, als Ökonom und eine, die Meister ist, als Meister bezeichnen? Wer mahlt, ist Müller, wer mauert, ist Maurer und wer ein Gewerk meistert, ist Meister. Die Fragen von Sex und Gender sind dabei, wie auch bei der Verwendung von grammatischen Feminina wie ›Person‹ oder ›Fachkraft‹, völlig unerheblich. Wer glaubt, sie überall zur Sprache bringen zu müssen, hat deren Logik nicht verstanden und tut ihr damit Gewalt an.

Völlig absurd ist die Verwendung movierter Nomina in Zusammenhängen, in denen das biologische Geschlecht keine Rolle spielt oder überhaupt nicht vorhanden ist. Die abgeleitete Form »Partnerin« zu verwenden ist dort angebracht, wo der Verweis auf das biologische Geschlecht funktional ist, also z.B. wenn es um die Partnerschaft in einer Lebensgemeinschaft geht, doch schon in einer Anwaltssozietät oder einem Architekturbüro kann man nur Partner sein und nicht Partnerin, auch wenn die betreffende Person eine Frau ist. Noch weniger angebracht ist »Partnerin«, wenn das Subjekt kein biologisches Geschlecht hat, also eine juristische Person ist wie »die Stiftung« oder ein Abstraktum wie »die Linke«. Vielleicht wird bald auch noch Schiller gendergerecht gestylt: ›Freude, schöne Götterfunk\*in, Tochter aus Elysium ...‹. Hier macht sich ein Infantilismus breit, der mit dem kulturellen

Auftrag der Stiftung nicht vereinbar ist. Dabei stellt sich wiederum der paradoxe Sachverhalt ein, dass Leute, die den »Globalen Autoritarismus« zum Feind erklären, eine merkwürdige Liebe zur autoritären Verordnung, hier eines neuralen Gewaltaktes, und deren bürokratischen Durchsetzung an den Tag legen.

## Weitere Punkte

Damit ist die Aufzählung der Punkte, die mich irritieren, noch unvollständig. Zu den wolkigen Phrasen, die in der Programmatik vorherrschen, gehören noch einige, die genauer zu diskutieren ich mir hier erspare, wie etwa die von der »Dekommodifizierung«, die ohne Überlegungen zu den alternativen Allokationsmechanismen und Planungsstrategien, die das erfordern würde, auskommen zu können glaubt, oder die von der »Care-Gesellschaft«, die sich vor allem auf die guten Gefühle verlässt, die das Wort macht, ohne sich mit dem entmündigenden Medizin- und Pflegesystem auseinanderzusetzen, das — auch wenn die meisten Beschäftigten dort nichts davon haben — sich einen wachsenden Teil des Produkts aneignet, indem es immer teurere und fragwürdigere Interventionen verordnet und durchführt und dabei systematisch Abhängigkeit und Leiden hervorbringt. Mit solchen Phrasen läuft man vor allem Gefahr, dieses System weiter zu mästen.

Die Situation im Beirat wie in der Stiftung und der Partei DIE LINKE spiegelt eine Entwicklung, die, nicht zuletzt unter dem Einfluss der dominierenden Medien, weite Teile der Gesellschaft erfasst: den fortschreitenden kognitiven Abschluss gegenüber der Realität des Landes und, noch mehr, der Welt außerhalb desselben. Man richtet sich in seiner Blase ein, verfolgt genau die Themen, aus denen man sich seine Welt konstruiert und fühlt sich vor allem moralisch haushoch überlegen, während man draußen nur noch Feinde sieht, die man am liebsten zum Verschwinden bringen oder wenigstens einer totalen Umerziehung unterwerfen möchte — wobei unklar bleibt, wie das gehen soll, sofern man noch zugesteht, dass das auch Menschen sind, die ihre Würde und Selbständigkeit bewahren wollen und mit denen man letzten Endes zusammenleben muss.

Systemische Katastrophen gehen oft auf das Fehlen bzw. den Ausfall von Rückkopplungsschleifen zurück, die es erlaubten, den Kurs eines Systems innerhalb des Bereichs zu halten, in dem seine Stabilität gewährleistet ist. Mein Eindruck ist, dass sich die westlichen Gesellschaften in den zurückliegenden Jahrzehnten, verstärkt seit dem Putsch in der Ukraine 2014, noch einmal gesteigert seit 2020 durch ihr Verhalten gegenüber dem SARS-2-Virus und dann durch ihr Agieren in der aktuellen Eskalation des Ukraine-Konflikts, solcher Rückkopplungsschleifen schrittweise entledigt haben. Die Medien, weite Teile des Wissenschaftssystems und auch Einrichtungen wie die Rosa Luxemburg-Stiftung, deren Funktion hier läge, haben dabei versagt und sind zu Verstärkern einer von der Realität entkoppelten Innensicht geworden, die sich nur noch selbst bestätigt.